

Kurzbericht

Ausschuss für Inneres und Sport

(30. - öffentliche - Sitzung am 23. November 2023)

Tagesordnung:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur aktuellen Situation bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine und Asylbewerbern**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/1225](#)

Der Ausschuss schließt die Beratung ab. Er empfiehlt dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf mit der in der Sitzung beschlossenen Änderung anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Nadja Weippert (GRÜNE).

3. a) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2219](#)

- b) **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/2742](#)

Der Ausschuss bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt einstimmig, eine gemeinsame mündliche Anhörung zu beiden Gesetzentwürfen durchzuführen, und nimmt den 18. Januar 2024 als Termin dafür in Aussicht.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung kommunaler Abschlüsse sowie zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes, des Niedersächsischen Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit, des Niedersächsischen Datenschutzgesetzes und des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/2631](#)

Der Ausschuss bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt einstimmig, die kommunalen Spitzenverbände und den Landesdatenschutzbeauftragten um eine schriftliche Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf zu bitten.

5. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes, des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes und des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich**

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD - [Drs. 19/2744](#)

Der Ausschuss bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung sowie parallel die kommunalen Spitzenverbände um eine schriftliche Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf zu bitten.

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehr und des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes (Gesetz zum Einsatz unbemannter Luftfahrtsysteme im Brand- und Katastrophenschutz)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2714](#)

Der Ausschuss bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung sowie parallel die kommunalen Spitzenverbände um eine schriftliche Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf zu bitten.

7. **Keine ideologische Beflagung vor Gebäuden des Landes Niedersachsen**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/2665](#)

Der Ausschuss erörtert die Grundzüge des Antrages und bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

8. **Schlepperei im Mittelmeer durch sofortige Einstellung jeglicher finanziellen Unterstützung von Schleusern und die unmittelbare Rückführung auf dem Mittelmeer aufgegriffener Migranten beenden!**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 19/2701](#)

Der Ausschuss bespricht Verfahrensfragen. Er beschließt einstimmig, die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu bitten.

9. **Pilotprojekt zur Erprobung des Tasers sofort starten - Einsatz- und Streifendienst der Polizei mit Distanzelektroimpulsgeräten ausstatten**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/2316](#)

Der Ausschuss schließt die Beratung ab. Er lehnt den Antrag der CDU-Fraktion, eine Anhörung durchzuführen, mit den Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der CDU und der AfD ab. Er empfiehlt dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Zustimmung: SPD, Grüne

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltungen: -

10. **Bevölkerungs- und Katastrophenschutz in Niedersachsen zukunftsfähig gestalten - Behörden und Hilfsorganisationen auf hybride Bedrohungslagen kontinuierlich vorbereiten**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/534](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort. Er beschließt einstimmig, eine mündliche Anhörung zu dem Antrag durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, sich am Rande des Plenums über die Anzuhörenden zu verständigen.

11. **Für Ordnung und Humanität in der Ausländer- und Asylpolitik - Hilfsbereitschaft der Bevölkerung erhalten. Irreguläre Migration spürbar reduzieren - Ausreisepflicht abgelehnter Asylbewerber konsequent durchsetzen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/1587](#)

Der Ausschuss setzt die Beratung fort. Er beschließt einstimmig, alle vorliegenden Anträge zu diesem Themenbereich in einer der nächsten Sitzungen unter einem Tagesordnungspunkt gemeinsam zu beraten.

12. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss bespricht Terminangelegenheiten. Er beschließt einstimmig, vom 1. bis 7. September 2024 eine parlamentarische Informationsreise nach Polen durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, der Landtagsverwaltung bis zum 29. November Themenwünsche mitzuteilen und potenzielle Ansprechpartner zu benennen.